KIRCHE IN NOT ...damit der Glaube lebt!
WELTWEITES HILFSWERK PÄPSTLICHEN RECHTS
gegründet 1947 von Pater Werenfried van Straaten als Ostpriesterhilfe

KIRCHE IN NOT Deutschland
Geschäftsführerin Karin M. Fenbert

Anschrift Lorenzonistraße 62, 81545 München
Telefon 0 89 – 64 24 888 – 0
Telefax 0 89 – 64 24 888 – 50
E-Mail niggewoehner@kirche-in-not.de
Website www.kirche-in-not.de
Facebook: https://www.facebook.com/KircheInNot.de

31.10.2002

Indischer Bischof um Religionsfreiheit besorgt

Bischof Peter Fernando (63) aus der im indischen Bundesstaat Tamil Nadu gelegenen Diözese Tuticorin über das an Anfang Oktober erlassene „Anti-Konversions-Gesetz“, die Gefährdung der Religionsfreiheit in Indien und das Verhältnis der Religionen untereinander. Das Gespräch führte Volker Niggewöhner vom internationalen katholischen Hilfswerk „Kirche in Not/Ostpriesterhilfe.

KIRCHE IN NOT: Anfang Oktober hat die Regierung des Bundesstaates Tamil Nadu ein Gesetz verkündet, dass Religionswechsel unter Strafe stellt. Was ist der genaue Inhalt dieses Gesetzes?
PETER FERNANDO: Das Gesetz verbietet jegliche Konversion, die aufgrund von Gewalt oder „arglistigen Versprechungen“ zustande kommt. Es wird jedoch nicht definiert, was darunter zu verstehen ist. Im Falle einer Konversion eines Hindus zum Christentum etwa drohen dem Priester und allen, die an der Taufzeremonie teilgenommen haben, eine Haftstrafe von drei Jahren. Konvertiert eine Frau oder ein „Dalit“, also einer der nicht zu den Kasten gehörenden „Unberührbaren“, erhöht sich das Strafmaß sogar auf vier Jahre und eine Geldstrafe von 100.000 Rupien (etwa 2.000 Euro), weil man Frauen und Dalits für unfähig erachtet, eine freie Entscheidung zu treffen. Damit ist klar, dass sich das Gesetz vor allem gegen die christlichen Gemeinschaften richtet, weil die christliche Soziallehre für die von der Gesellschaft ausgeschlossenen Dalits natürlich besonders anziehend ist. Außerdem besteht nun die Gefahr, dass jeder Gottesdienst, der in christlichen Krankenhäusern und Schulen gefeiert wird, als ein Verstoß gegen dieses Gesetz erachtet wird, weil auch Hindus diese Einrichtungen nutzen.

Das klingt, als fürchte sich die Regierung von Tamil Nadu vor der christlichen Minderheit.

Das scheint in der Tat so. Dabei ist der prozentuale Anteil der Christen in Indien eher zurück gegangen. Als ich 1971 zum Priester geweiht wurde, waren 2,6 Prozent der indischen Bevölkerung Christen, nach der letzten Erhebung sind es nur noch 2,2 Prozent. Den Christen generell eine gezielte Abwerbung Andersgläubiger durch Gewalt vorzuwerfen, ist daher absurd. Wenn dies der Fall wäre, müssten die Zahlen in die Höhe schnellen. Der wirkliche Grund für die Verabschiedung des „Anti-Konversions-Gesetzes“ ist die Tätigkeit einiger fanatischer christlicher Sekten. Diese Sekten betreiben Mission auf zum Teil groß angelegten Veranstaltungen und geben die Zahl der auf solchen „Events“ Bekehrten in aller Öffentlichkeit preis. Es hat viele Anklagen gegeben, dass auf diesen Massenveranstaltungen auch Druck ausgeübt werde, sich zum Christentum zu bekehren. Das hat die Regierung von Tamil Nadu beunruhigt, weil solche Meldungen wiederum den Zorn fanatischer Hindus erregen, unter dem alle Minderheiten zu leiden haben.

Wie hat die katholische Kirche in Tamil Nadu auf die Vorwürfe reagiert?
Die siebzehn katholischen Bischöfe aus den fünfzehn Diözesen Tamil Nadus sind vor kurzem zusammen gekommen und haben gegen das Gesetz scharf protestiert. Wir haben ferner nach Absprache mit den protestantischen Bischöfen und den Führern der muslimischen Gemeinden einen „Tag des Protestes“ durchgeführt. Am 24. Oktober sind über sechstausend christliche und muslimische Schulen im Bundesstaat Tamil Nadu geschlossen geblieben. Tausende von Christen, Muslimen und Angehörigen niederer Kasten legten einen Fast-Tag ein. Wir katholischen Bischöfe planen außerdem, Klage beim obersten Zivilgericht gegen das Gesetz einzureichen.

Immer häufiger kommt es zu Übergriffen auf Kirchengebäude und christliche Gläubige in Indien. Liegt das auch in der politischen Stimmung in Indien begründet?
Eindeutig ja. Seit die nationalistische „Indische Volkspartei“ (BJP) von Ministerpräsident Vajpayee 1998 die Regierung übernommen hat, sind die Hindu-Fanatiker auf dem Vormarsch. Mit der Parole „Indien den Hindus“ versuchen sie, Druck auf gesellschaftliche Kreise auszuüben, teilweise mit Erfolg. Es ist längst kein Geheimnis mehr, dass die Regierung das in Tamil Nadu verabschiedete Gesetz in ganz Indien einführen möchte.

Wie steht es denn generell um das Ansehen der Christen in der indischen Gesellschaft?
Generell genießen die Christen eine hohe Wertschätzung im öffentlichen Leben. Das liegt vor allem an der sozialen und karitativen Arbeit der christlichen Gemeinschaften, die hier jedermann zugute kommt, ungeachtet seiner Religion, Herkunft oder Hautfarbe. Der Bundesstaat Kerala, in dem die mit Abstand meisten Christen innerhalb eines einzelnen Unionsstaates leben, hat mit neunzig Prozent die höchste Alphabetisierungsrate ganz Indiens. Viele Persönlichkeiten aus der hinduistischen Elite des Landes haben an christlichen Schulen studiert.

Sind die christlichen Kirchen aufgrund der Attentate und Übergriffe näher zusammen gerückt?
Nicht nur die christlichen Kirchen, sondern alle Minderheiten sind in Indien näher zusammen gerückt, wie die gemeinsamen Proteste am 24. Oktober gezeigt haben.

Also gibt es auch keine Spannungen zwischen Christen und Muslimen wie in vielen anderen Ländern?
Nein, überhaupt nicht. Aufgrund der momentan schwierigen Situation der Minderheiten in Indien arbeiten wir sehr eng zusammen. In Tamil Nadu gibt es sogar ein „Forum der vereinigten Minderheiten“, das vom Erzbischof von Madurai, Marianus Arokiasamy, gegründet wurde und jetzt von mir geleitet wird. Das wirkliche Problem in Indien ist der Konflikt zwischen der Hindu-Mehrheit und der größten religiösen Minderheit in Indien, den Moslems.

KIRCHE IN NOT, 2002